Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 29. Dezember 1926 — Nummer 291

Schafft Klarheit!

In wenigen Tagen, am 11. Januar, tritt der Sächsische Landtag erneut zusammen. Das parlamentarische Komödienspiel zur Bildung der sächsischen Regierung soll dann in dieser Sitzung, so verkündete die bürgerliche Presse vor den Weihnachtsfeiertagen, seinen Abschluß finden. Inwieweit das möglich ist, werden die kommenden Tage zeigen. Den bürgerlichen Parteien bereitet die Frage der Regierungsbildung ernste Kopfschmerzen. Die Bestrebungen zur Bildung des Bürgerblocks stoßen auf immer heftigere, fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Bürgerblock kann nur in den Sattel gehoben werden, wenn die vier ASPS-Leute Herrn **Blüher** die Steigbügel halten. Doch die Bethke-Leute wissen, daß ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ihre politische Erledigung bedeuten würde. Deshalb drängen sie nach einer anderen Lösung. Ihr Ziel ist die Große Koalition. In diesem Bestreben finden sie eine ganze Anzahl Weggenossen in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nochmals an die Aeußerungen der Löbauer Volkszeitung und die Stellungnahme einer Anzahl sozialdemokratischer Führer, die durchaus bereit sind, in Sachsen eine Mehrheitsregierung auf dem Boden der Großen Koalition bilden zu helfen. Noch lehnt die übrige SPD-Presse die Große Koalition in Sachsen unter dem Druck der Arbeiter ab. **Lipinski**, der frühere sächsische Minister des Innern, beschäftigte sich gestern in einem Leitartikel des Vorwärts mit der Sachsenkrise und erklärt, es **erscheine trügerisch** (!!), wenn die ASPS glaube, daß der Parteivorstand auf die sächsische SPD **einwirke**, um in Sachsen die Große Koalition schaffen zu helfen, und macht denn den Altsozialisten den Vorschlag, bei der Ministerpräsidentenwahl ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Vorschlag abzugeben, da gegenwärtig eine Große Koalition infolge der geschaffenen Zustände nicht möglich sei. Lipinski schreibt:

„In einem Lande mit parlamentarischer Tradition wäre es **selbstverständlich**, daß, wenn keine Partei eine Mehrheit der Wähler hinter sich hat, die **stärkste** Partei die Regierung übernimmt. Wenn die Altsozialisten das Heidelberger Programm nicht bloß als Aushängeschild benutzen wollen, dann müssen sie sich für die Republik entscheiden. Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit einer anderen Partei ist ausgeschlossen, denn es ist **keine** Partei da, mit der sich eine Mehrheit bilden läßt. Sind die Altsozialisten nicht selbstlos genug, bei der nächsten Wahl für Fleißner zu stimmen, so bleibt nur die **Auflösung dieses Landtages** oder — der **Bürgerblock**."

Ob die ASPS-Leute der Einladung Lipinskis Folge leisten werden, nachdem sie im Landtag die bestimmte Erklärung abgegeben haben, keine Regierung zu unterstützen, die von den Kommunisten abhängig ist, ist mehr als fraglich. Wie aus einem Aufsatz der demokratisch orientierten Neuen Leipziger Zeitung hervorgeht, wird sich die ASPS auf ihrer Landeskonferenz am 3. Januar erneut mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigen. Die Neue Leipziger Zeitung bemerkt, und das scheint auch in der Linie der ASPS zu liegen, daß nach Lage der Dinge nur eine Bildung einer Koalition der Mitte als Minderheitsregierung in Frage kommen könne, um überhaupt zu einer Lösung der sächsischen Regierungskrise zu kommen. Die Neue Leipziger Zeitung schreibt:

„Faßt man die Gesamtlage des Freistaates Sachsen ins Auge, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Bildung einer bürgerlichen Rechtsregierung der Auftakt zu einer **Periode schwerer innerer Kämpfe** sein würde, verbunden mit einer neuen scharfen Zuspitzung aller politischen und wirtschaftlichen Gegensätze. Diese Erkenntnis ist offenbar auch für die Haltung der kleinen, aber entscheidenden Fraktion der Altsozialisten maßgebend, die — nach anfänglichem Schwanken — sowohl den sogenannten sozialistisch-kommunistischen Linksblock als auch den bürgerlichen Rechtsblock abgelehnt haben. Sie fordern die Bildung einer Koalition der Mitte, die nach Lage der Dinge nur eine Minderheit des Landtags darstellen würde."

Eine solche Minderheitsregierung, gebildet aus den Parteien der Mitte, wie sie der Neuen Leipziger Zeitung vorschwebt, bedarf jedoch der Unterstützung der SPD. Bezeichnenderweise gehen die sozialdemokratischen Zeitungen um diese Frage herum wie die Katze um den heißen Brei, und obwohl ein Teil der SPD-Presse behauptet, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteigenossen auf einem entgegengesetzten Standpunkt steht als Efferoth und Bombach in Löbau,

so ist es doch ohne Zweifel richtig, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Führer nicht nur mit der Großen Koalition prinzipiell einverstanden sind, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die sogenannte kleine Koalition — unter evtl. Beteiligung der Wirtschaftspartei und der Aufwertungsleute — als Uebergangsform für durchaus tragbar halten.

Die sozialdemokratische Presse hat bisher zu diesen Vorschlägen, wie sie auch durch die Löbauer Volkszeitung angedeutet wurden, nicht konkret Stellung genommen. Die Dresdner Volkszeitung schreibt gestern, daß die Sozialdemokratie sich redlich Mühe geben würde, einer Bürgerblockregierung das Leben „**so sauer als möglich**" zu machen, geht aber auch um diese Frage des Uebergangskabinetts der Mitte stillschweigend herum. Es ist durchaus richtig, daß die sächsischen Arbeiter und auch die Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteigenossen sich entschieden gegen einen Bürgerblock und gegen eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien wendet. Deshalb steht auch für die Arbeiterschaft nicht die Frage so, wie sie von der Neuen Leipziger Zeitung gestellt wird, die da meint, daß, wenn am 11. Januar noch **keine** Regierungsbildung zustande käme, die **Auflösung** des Landtages in Frage kommen könnte; sie steht für die Arbeiterschaft auch nicht so, wie sie von der Volkszeitung gestellt wird, daß man sich nur „redlich Mühe geben will, einer evtl. Bürgerblockregierung das Leben so sauer als möglich zu machen", sondern für die Arbeiterschaft steht die Frage einzig und allein nur so: **Auflösung dieses Landtages! Schluß mit dem parlamentarischen Kuhhandel!**

Das ist die Forderung, die von der Kommunistischen Partei aufgestellt worden ist. Die KPD hat sich am 15. Dezember in einem offenen Brief an den Landesarbeitsausschuß der SPD gewandt, um die Arbeiter zu gemeinsamen Massendemonstrationen aufzurufen, um die Fragen und Interessen des Proletariats im außerparlamentarischen Kampf zu vertreten und zu erkämpfen. Die SPD-Presse hat diesen Brief ihren Lesern unterschlagen und begnügte sich in der Chemnitzer Volksstimme mit der Bemerkung, daß man selbstverständlich auch diesen neuen Vorschlag der KPD ablehnen werde. Damit haben die sozialdemokratischen Führer in Sachsen gezeigt, was man darunter versteht, „einem Bürgerblock das Leben so sauer wie möglich" zu machen. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen nicht länger dulden, daß den ernsten Fragen, die in Sachsen auf der Tagesordnung stehen, ausgewichen wird. Sie müssen ihre Führer zwingen, endlich Farbe zu bekennen und den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten außerparlamentarisch zu organisieren und damit auch Klarheit zu schaffen und dem Regierungskuhhandel ein Ende zu bereiten.

Neue Kanzlerkandidaten

Luther Reichswehrminister?

Wie das Berliner 8-Uhr-Abendblatt mitteilt, werden als neue Kanzlerkandidaten der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der Zentrumsmann Adam Stegerwald genannt. Zurzeit werden die Verhandlungen über eine Lösung der Regierungskrise fortgesetzt. Man sucht noch immer einen Ausweg, den man nach Neujahr beschreiten will. Blättermeldungen zufolge sollen die bisherigen Besprechungen soviel ergeben haben, daß man bei der jetzigen kleinen Koalition verbleiben will. Ebenso wird beharrlich die Meldung verbreitet, daß dem früheren Reichskanzler Dr. Luther das Reichswehrministerium angeboten werden soll. Die offiziellen Besprechungen über die Bildung der neuen Regierung sollen erst gegen den 10. Januar wieder aufgenommen werden.

Die Ordnungsbestie in Litauen

Kowno, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Es heißt, daß das Urteil gegen die drei kommunistischen Führer auf das Gesuch einer Abordnung hin nicht vollstreckt worden ist. Eine Bestätigung dieses Dementis liegt noch nicht vor. Inzwischen geht die Kommunistenhetze weiter. Der Minister des Innern, Musteikis, erklärte Pressevertretern, man werde vor keinem Mittel zurückschrecken, um den Kommunismus ganz auszurotten.

Fallt den Henkern in den Arm!

Moskau, 27. Dezember 1926.

Die Unterzeichneten erlassen folgenden Aufruf:

In Litauen hat die neue faschistische Regierung ihr Amt mit Erschießungen von Kommunisten angetreten, um nach bulgarischem Muster die Vorhut des Proletariats und der Bauernschaft physisch zu vernichten. Hinter den Kulissen der Faschistenregierung Litauens stehen der Faschismus Polens und die Regierung Großbritanniens. Aehnliche Ereignisse sind auch in anderen Ländern zu erwarten.

Wir wenden uns an alle kommunistischen Parteien und an alle klassenbewußten Arbeiter sowie an alle Gegner des Faschismus mit der Aufforderung, sofort Alarm zu schlagen und das Proletariat sowie die breiten werktätigen Massen gegen die verbrecherische Regierung Litauens und deren Auftraggeber in den imperialistischen Staaten zu mobilisieren. Es gilt, rasch zu handeln. Schon liegen Arbeiter Litauens unter dem Beil der Henker. Die Erklärungen der litauischen Regierung über die angebliche Vorbereitung eines bolschewistischen Aufstandes sind ein ausgemachter Schwindel.

Gezeichnet: Clara Zetkin, Kuusinen, Kolarow, Pruchwiak, Remmele, Ercoli, Smeral, Doriot, Katayama, Murphy, Roy.

Der Umsturz in Litauen

Leitartikel der Iswestija.

Noch sind nur spärliche und mangelhafte Nachrichten über den militärischen Umsturz in Litauen da. Wir können darum heute noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Schon seit langem konnte man beobachten, daß die christlichen Demokraten (die rechte klerikale Partei in Litauen), die im Mai dieses Jahres aus der Regierung schieden, fieberhaft eine Vorbereitungsarbeit gegen die linke Regierung Slezewitsch geführt und ihre Organisationen zur gewaltsamen Ergreifung der Macht vorzubereiten begonnen haben. Indem sie durch demagogische Aktionen und alle möglichen Versprechungen mit den faschistischen Stimmungen eines Teiles der litauischen Offiziere spielten, vermochten sie illegale Zellen zu schaffen und auch in der litauischen Armee Wurzel zu fassen.

Die Entschlossenheit der christlichen Demokraten zum Kampfe stieg im besonderen nach einigen Maßnahmen der Regierung Slezewitsch, die solche Gruppen der Bevölkerung (im besonderen die Geistlichen), welche eine Stütze der Partei der christlichen Demokraten waren, schädigten. Da die „patriotischen" christlichen Demokraten befürchteten, infolge dieser Maßnahmen auf immer die Aussicht zu verlieren, von neuem zur Macht zurückzukehren, schreckten sie nicht davor zurück, die Interessen ihrer Partei den Interessen des Vaterlandes vorzuziehen, und ließen sich in abenteuerliche Kombinationen gegen die Unabhängigkeit Litauens ein. Dieses ihr Streben traf sich mit den Gelüsten der imperialistischen Elemente Polens, die sich beeilten, die linke Regierung Litauens aufs schnellste zu beseitigen, die mit dem Abschlusse eines politischen Vertrages mit der Sowjetunion den Weg zur Festigung der Unabhängigkeit Litauens und der Liquidierung seiner bis dahin fast vollständigen internationalen Isolierung beschritten hatte. Bekanntlich sollte der nächste Schritt der gestürzten Regierung Litauens die Unterfertigung des fast ganz zustandegebrachten Handelsvertrages sein, der die Grundlage für die wirtschaftliche Festigung Litauens gebildet hätte.

Es haben also das Bewußtsein der eigenen Schwäche der litauischen Rechtsopposition angesichts der Volksmassen Litauens und daher die Unmöglichkeit, aus eigenen Kräften zur Macht zurückzukehren, diese „Patrioten" gezwungen, sich zu Maßnahmen zu entschließen, die die Unabhängigkeit Litauens selbst bedrohen können. Es besteht kein Zweifel daran, daß man die Wurzel des Umsturzes in Warschau und vielleicht in noch einigen Hauptstädten Europas suchen muß. Den Umsturz in Litauen kann man als einen Anfang jener „Aktion" ansehen, die im Endergebnisse nach dem Plane ihrer Urheber zur Liquidierung der Unabhängigkeit Litauens und zu dessen Verschlingung durch das imperialistische Polen führen soll, das offen von der Expansion nach dem Osten schwärmt.

Um zu verstehen, daß dem tatsächlich so ist, genügt es, an das Vorgehen der Presse Pilsudskis im Juli dieses Jahres und an die Enthüllungen der rechten Presse Polens bei diesem Anlasse zu erinnern. Die rechte Presse Polens hat damals die Texte der Geheimtelegramme veröffentlicht, die Pilsudski mit dem Kommandanten des Militärkreises Wilna wechselte. Aus diesem Telegramm war ersichtlich, daß Pilsudski die Truppen des Kreises Wilna zu einem möglichen Feldzuge gegen Litauen vorbereitet. In dem gleichen Telegramm fordert Pilsudski aus Wilna die letzten Meldungen, da irgendein polnischer Offizier, der im Telegramm unter dem Decknamen „Wanda" bezeichnet wurde, nach London zur Berichterstattung reisen sollte. Bald darauf sandte Pilsudski nach Wilna den bekannten „Helden" und Spezialisten für Aufstände, General Zeligowski, mit einer besonderen Mission, den Boden für die Eroberung Litauens vorzubereiten. Als Kriegsminister sorgte Pilsudski für eine ernste Vorbereitung zur bevorstehenden Kampagne, und die Truppen des Militärkreises Wilna sollten auf die Norm der Kriegszeit gebracht werden. Außerdem setzten sich in der Demarkationslinie und in den anstoßenden Gebieten verschiedene militärische Formationen in der Form von Pfadfinder- und Sportorganisationen fest. All dies hatte zum Ziele, die Kräfte für eine Operation im Stile Zeligowskis vorzubereiten. Die damals betriebene Kampagne der polnischen rechten Presse und Enthüllungen der Sowjetpresse hinderten jedoch Pilsudski, seine Absichten auszuführen. Er mußte den Aktionsplan ändern.

Es sind genügend Angaben vorhanden, die bezeugen, daß Pilsudski nach dem Scheitern des ersten Planes seine Anstrengungen auf die Vorbereitung eines Putsches in Litauen selbst konzentrierte. Zu diesem Zwecke verband sich der polnische Generalstab mit einigen der Regierung oppositionellen Elementen und arbeitete zusammen mit ihnen den Plan eines militärischen Umsturzes in Litauen aus. Unzweifelhaft spielten geheime polnische Agenten eine große Rolle bei dem stattgefundenen Umsturz. Von der politischen Seite her bemühte sich Pilsudski gleichfalls, sich den Erfolg des Umsturzes zu sichern, zu welchem Zwecke er versuchte, mit allen möglichen Mitteln mit den Christlichen Demokraten Litauens Verbindung zu halten.

An verschiedenen Orten Europas fanden Zusammenkünfte von Vertretern Pilsudskis mit Vertretern der Rechtsopposition Litauens zur Erörterung von Plänen politischer Art statt. Es ist nicht verwunderlich, daß die polnischen Kreise zur Durchführung ihrer Pläne Verbindungen gerade unter den litauischen christlichen Demokraten suchten, denn letztere, die sich unter dem vorwiegenden Einflusse der katholischen Geistlichkeit befinden, sind die gleichen Vollstrecker der Politik des Vatikans, der die ganze Zeit zur Versöhnung zwischen Polen und Litauen strebte, da er darin eine Bürgschaft seiner Macht im katholischen Polen und im katholischen Litauen sieht. Polen nützte diesen Moment sehr gut dazu aus, um die Politik des Vatikans zu vertiefen und sie mit seinen eigenen politischen Zielen zu verbinden.